

Kontakt

Mai 2020

KEINE QUARANTÄNE
OHNE WOHNUNG
LAGER EVAKUIEREN
SOLIDARITÄT
FÜR ALLE!

1. REVOLUTIONÄRE RAD. RUNDE

HERAUS ZUM ERSTEN MAI!

01.05.2020 19:30
STADTGARTEN
FREIBURG



KOMMT ALLE,
KOMMT VERMUMMT
& HALTET 1,5
METER ABSTAND

Klassenkampf statt Bratwurstmampf: Heraus zum autonomen 1. Mai in Freiburg!

Kommt alle, kommt maskiert.

Freitag 01.05.2020 in Freiburg

19:30 Raddemo vom Stadtgarten durch die Greenwashed City Freiburg. Ihr, nicht weniger Gründe, dieses Jahr zum 1. Mai auf die Straße zu gehen. Auch 2020 halten wir am Ausdruck eines kämpferischen „Tag der Arbeit“ gegen die Arbeit fest. Selbst wenn wir nicht wissen, wie sich die Krise um das Virus Covid19 weiterentwickelt, so sehen wir schon jetzt, dass wie immer die „von Unten“ die Zeche zahlen und für Oben die Leibärzte bereit stehen.

Konkret streben wir die 1. Revolutionäre Rad-Runde an, welche um 19:30 im Stadtgarten starten wird – natürlich mit 1,5 Meter Abstand zu einander und verummmt, wie beim Bus und Bahn fahren auch. Nehmen wir uns die Straße und treffen wir die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen, damit uns keine unerwünschten Gäste zu nahe kommen. Die Revolutionäre Rad-Runde wird sich auf einer Strecke von circa 15 Kilometern mit verschiedenen Zwischenstopps durch die Stadt schlängeln.

Wir protestieren wie jedes Jahr gegen die Zerschlagung der Freiheitsrechte und gegen sozialen Kahlschlag. Ersteres weil Corona hier Dämme brechen lässt, und zweiteres, weil dieser zur aktuellen Krise und ihren Auswirkungen wesentlich beiträgt. Es gilt sich zu schützen. Aber dazu gehört auch die politische Auseinandersetzung und Sichtbarkeit auf der Straße, um Missstände aufzuzeigen und um das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen.

Covid ist sauböse, doch nicht über Zwangsmaßnahmen sondern über Aufklärung können sich Gesellschaften emanzipieren. Es droht einen neuen Aufwind für Anzug-Diktatoren und solche die es werden wollen; schon im jetzigen Krisenmanagement gab es gravierende Datenschutzverstöße. Eine massive Einschränkung der Freiheitsrechte droht sich zu normalisieren und es wird kaum über ihre Umkehrbarkeit

geredet.

Die Ausgangssperren drohen etwa häuslicher Gewalt Aufwind zu geben, die rassistische Normalität wird durch gesperrte Massenunterkünfte unterstrichen – Menschen ohne Dach werden auf den verwaisten Straßen von Ordnungsdiensten gefasst.

Nachdem 2019 das am stärksten von sozialen Protesten geprägte Jahr seit langem war, gilt es auch in der Krise an die grenzüberschreitende Solidaritätsarbeit anzuknüpfen. Die Entwicklung der letzten Wochen zeigt von Syrien und den griechischen Inseln, zu überforderten Gesundheitssystemen, über Massenentlassungen und deuten auf eine Militarisierung des Alltags hin. Die Arbeits- und Bildungswelten werden durch home-office und -schooling noch weiter individualisiert.

Die Wirtschaft wird mit Gießkannen, ja mit Löschzügen gerettet, während unbehandelte PatientInnen dieser Tage sowohl im Iran als auch in den USA im Krankenhausflur sterben, während die Überforderung und Katastrophenlage auch in EU-Staaten eintritt. Wir werden kämpfen, damit dieses Unrecht angefochten und ihre Autorität umstritten bleibt. Wir wehren uns gegen eine idiotische Unterwerfungskultur, an deren Ende als Perspektive nur Herrschaft und Kontrolle steht.

**ORGANISIERT EUCH IN DEN
STADTTEIL- UND BEZUGSGRUPPEN.**

IM GRIFF HAT DER STAAT GAR NICHTS!

**EIN GANZ ANDERES ENDE
DER WELT IST MÖGLICH!**

KLASSENKAMPF STATT BRATWURSTMAMPF!

KOMMT ALLE, KOMMT MASKIERT.

**ORGANISIERT EUCH FÜR
EINEN REVOLUTIONÄREN 1. MAI!**

[libertäre radler*innen]

Nazikundgebung am 2. Mai zum Desaster machen!

FASCHIST*INNEN AUF DEM PLATZ DER ALTEN SYNAGOGE? NIE WIEDER!

Der Freiburger Stadtrat Dubravko Mandic und seine neofaschistische AfD rufen genau 87 Jahre nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften zu einer Demonstration zum Schutz der „deutschen Grundrechte“ am Platz der alten Synagoge auf. In einem YouTube-Video kündigt er eine „Demo für das Leben“ an und will damit die Forderung der AfD-Stadtratsfraktion nach einer sofortigen „Aussetzung des Shutdowns“ provokant auf dem zentralsten Platz in Freiburg in die Öffentlichkeit tragen. Dass dieser Ort eine historische Bedeutung in sich trägt, sollte wohl jede*m bewusst sein.

DIE AFD BIETET KEINE LÖSUNG, SONDERN LEDIGLICH VERHARMLOSUNG UND ZYNISMUS

Statt konstruktive Vorschläge zu bringen, fordert Mandic als Lösung für die Corona-Krise mehr „Gottvertrauen“. Er zitiert den fragwürdigen Herr Block (79) und stellt somit unvernünftiges,

verantwortungsloses und unsolidarisches Verhalten als Vorbild dar: „Dann sterbe ich eben früher, dann gehe ich eben zum lieben Gott“. Trotz der realen Gefahren des Virus sieht er dies als „die Einstellung, die wir [die AfD] uns vorstellen“.

So zynisch begegnet die AfD den von Corona betroffenen und gefährdeten Menschen. Ebenso wie in Bezug auf die Klimakrise ignoriert die AfD auch in der Corona-Krise jegliche wissenschaftlichen Erkenntnisse. Damit wird die Gefahr verharmlost und somit Tote in Kauf genommen. Mandic stellt in seinem Video Experten und wissenschaftlich belegbare Tatsachen, indem er sie als eine „Theorie“ bezeichnet, in Frage. Dabei hat er selbst keinerlei Belege für seine wirren Aussagen.

Stattdessen versucht die AfD diese Krise für populistische Zwecke auszunutzen und spielt sich als Hüterin der Grundrechte auf. Ansonsten sind sie aber an vorderster Front dabei, wenn es darum geht Journalist*innen einzuschüchtern und somit die Pressefreiheit anzugreifen, welche für sie



Dubravko Mandic [links] und Robert Hagermann [rechts] sind beide AfD-Mitglieder und attackierten vor einem Jahr linke Personen während des Wahlkampfes an der Kaiserstuhlbrücke.

anscheinend nicht zu den Grundrechten gehört.

DIE POLITIK DER AFD IST IM SINNE DER REICHEN

Die Folgen des Lockdowns treffen hauptsächlich Lohnabhängige*, während Großkonzerne wie Mercedes oder Adidas milliardenschwere Hilfskredite vom Staat erhalten. Allerdings liegt der AfD nicht das Wohlergehen der Arbeiter*innen am Herzen, die Begründung für ihre Forderungen liegt in der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft. Durch eine Aussetzung des Lockdowns, gefährden sie alle, die dann wieder arbeiten müssten, sowie deren Angehörige. All das überrascht nicht, die AfD war selbstverständlich nie die „Partei des kleinen Mannes“, sondern die des weißen, wohlhabenden Unternehmers.

BUNDESWEIT UND IN FREIBURG NEHMEN RECHTE AKTIVITÄTEN ZU

Diese Demonstration reiht sich ein in eine schon lange anhaltende, steigende Häufigkeit und Intensität rechter Aktivitäten, auch in Freiburg. Die Normalisierung rechter Diskurse und Aktivitäten wie dieser Demo führt dazu, dass rechte Gewalt immer weiter zunimmt.

Diese gesellschaftliche Verschiebung hat ganz reale, gewaltvolle Auswirkungen: Steigende Zahlen

bei rechten Übergriffen, rechten Anschlägen und Netzwerken, auch ganz konkret hier in Freiburg. Mandic selbst droht eine Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen gefährlicher Körperverletzung, aufgrund der aktuellen Situation steht der Prozess allerdings noch aus.

UNSERE WUT ÜBER DAS WIEDERERSTARKEN DES FASCHISMUS IST GRÖßER, ALS UNSERE ANGST VOR CORONA!

Wir werden nicht zulassen, dass die Faschist*innen sich diesen symbolischen Ort in der Mitte unserer Stadt nehmen!

MACHEN WIR JEDEN IHRER VERSUCHE, SICH ZU ETABLIEREN ZUM DESASTER!

Kommt vorbei am 2. Mai!

Die Demo der AfD soll ab 12 Uhr stattfinden.

ORGANISIERT EUCH UND DENKT EUCH KREATIVE, DIREKTE AKTIONEN AUS UM DIES ZU VERHINDERN

(Denkt dabei an Corona-Maßnahmen! Also Vermummung nicht vergessen!)

AFD RÖSTEN? BRATEN? GRILLEN? FLAMBIEREN!

Antifaschistische Jugend Freiburg
antifaschistischejugendfreiburg.blackblogs.org



EBENFALLS AM SAMSTAG MOBILISIEREN VERSCHWÖRUNGSTHEORETIKER*INNEN MIT EINER HYGIENEDEMO UNTER #NICHTOHNEUNS UM 15:30 AUF DEN MÜNSTERPLATZ.

NACHDEM DA NEBEN ROBERT HAGERMANN VON DER AFD IN DER WOCHE ZUVOR AN DIE 100 DUBIOSEN CORONA-LEUGNER*INNEN WAREN, WELCHE UNTER ANDEREM "ANTIFA GLEICH SA" RIEFEN, LOHNT ES SICH SICHER IM ANSCHLUSS AN DIE BIS 15 UHR ANGEMELDETE AFD-VERANSTALTUNG DORT VORBEI ZU SCHAUEN UND ZU STÖREN.

Gegen den Shutdown in unseren Blasen, wir lassen uns nicht nationalisieren!

Für einen antiautoritären Umgang mit der Corona-Pandemie durch Verantwortungsübernahme, Informationsaustausch und einer konsequent antirassistischen Praxis! Es liegt in unserer Verantwortung, an dem Aufbau von selbstverwalteten, solidarischen Strukturen weiterzuarbeiten und dem autoritären Schwung und der Politik der Abschottung entschlossen entgegen zu treten. Inzwischen sollte auch so wirklich jede/r verstanden haben was diese Pandemie für unser Leben und unsere Gesundheit zu bedeuten hat. Wir bekommen die Nachrichten aus Italien, Spanien, Frankreich usw. auch mit. Auch wir können nun sehen wie in unserem Bekanntenkreis Freund*innen an Covid-19 erkranken und bekommen direkt mit wie diese Krankheit teilweise sehr heftig verläuft.

Der Coronavirus stellt eine ernstzunehmende Gefahr dar. Das Gleiche gilt allerdings auch für die autoritären, diskriminierenden, eurozentrischen, nationalistischen und rassistischen Maßnahmen, die ergriffen werden, um das Virus einzudämmen. Von diesen Maßnahmen besonders bedroht werden Isolierte, Prekäre, Betroffene von Rassismus und häuslicher Gewalt, Drogenabhängige und ihre Angehörigen, Gefangene, Obdachlose, Geflüchtete. Die Politik der Festung Europa, die schon lange über ihre eigene Ränder hinaus Menschen täglich das Leben genommen hat, ist gerade dabei Massengräber an ihren Grenzen zu! chaufeln.

Erschrocken sind wir über das nationale Narrativ der geforderten Solidarität, die nur bis zu den nationalen Grenzen reicht. Während 200.000 Touristinnen nach Deutschland evakuiert werden, schafft es die Bundesregierung nicht einmal ihr Versprechen, 1.500 Kinder aus dem überfüllten Lager Moria auf Lesbos nach Deutschland einreisen zu lassen, einzulösen. Gleichzeitig werden die Einreisebestimmungen für unterbezahlte Saisonarbeiter*innen letztendlich doch geschaffen, damit wir uns mit günstigem Spargel und Erdbeeren mit Schlagsahne den Bauch vollschlagen können.

Es ist beängstigend zuzusehen, wie viele Leute gerade in eine egoistische Logik verfallen, zum Rückzug ins digitale Leben aufrufen und mit dem starken Staat liebäugeln. So werden Grenzsicherungen, Ausgangssperren, Kontaktverbote, Quarantäne, Digitalisierung, Überwachung, umgesetzt und von vielen – auch “Linken” – akzeptiert. Während die Stadt Menden in Nordrhein-Westfalen sich darauf vorbereitet, Menschen die sich an Quarantäne-Vorschriften nicht halten einzusperren, ist das in Bayern schon Realität. Bereits jetzt unterstützt die Bundeswehr im medizinischen und Logistikbereich und steht nun auch für die Unterstützung der Cops bereit. Einige Polizeireviere in Baden-Württemberg haben bereits Listen mit Corona-Infizierten von den örtlichen Gesundheitsämtern erhalten. Es fällt uns allen gerade schwer, einen Überblick über das repressive Arsenal des Staates zu behalten: was, wann, wo und wie bestraft wird, wird täglich ausgeweitet. So viel ist klar: Die Coronakrise wird immer stärker dazu genutzt, unsere Freiheit, wie z.B. Versammlungsfreiheit, massiv einzuschränken. Corona-Solidarität heißt auch solidarisch gegen Repression!

Es gibt zum Glück hilfreiche Informationsquellen von Menschen die versuchen, einen Überblick



über immer neue autoritäre Gesetze, Verordnungen und die zunehmende Repression zu behalten. Auch Tipps und Tricks für Aktivist*innen im Umgang mit Repressionsbehörden sind schon lange im Umlauf. Diese haben in der heutigen, unübersichtlichen Lage nicht an Bedeutung verloren, ganz im Gegenteil.

Daher haben wir eine kleine Sammlung an Links für euch zusammengestellt und raten euch dazu,

- Eure Geräte zu verschlüsseln, Back-Ups zu erstellen und diese in Sicherheit zu bringen.
- Verschlüsselt zu kommunizieren.
- Bei euch Zuhause aufzuräumen.
- Euere Telefone zu Hause zu lassen.
- Anna und Arthur halten's Maul!
Keine Aussage und Zusammenarbeit mit Repressionsbehörden zu tätigen.
- Bildet (kleine) Banden, ihr Süßen!
- Seid kreativ!

Ermittlungsausschuss (EA) Freiburg
eafreiburg.noblogs.org



Im folgenden Text wollen wir die Klimakrise mit der Coronakrise in Beziehung setzen und die Reaktionen auf die Krisen sowie ihre Auswirkungen betrachten. Durch die derzeitige besondere Situation werden grundlegende systemische Probleme aufgedeckt und offensichtlich. Dies sehen wir als Chance und Gelegenheit für ein gesamtgesellschaftliches radikales Umdenken, welche wir hier skizzieren wollen.

ZUSAMMENHÄNGE VON CORONA- UND KLIMAKRISE

Corona erscheint in den letzten Wochen als omnipräsentes, dominantes Thema - zurecht, da es sich um ein einschneidendes Ereignis handelt, welches einer tiefgehenden Betrachtung bedarf. Allerdings verschwinden andere Problematiken nicht dadurch, dass sie vorübergehend nicht behandelt werden. Uns scheint es relevant, den Diskurs über die Klimakrise weiterzuführen, da wir enge Verknüpfungen zwischen beiden Krisen sehen. Die Corona-Pandemie legt sich als alles verschärfende Krise über ohnehin existierende multiple Krisen. Sowohl die Corona-, als auch die

Klimakrise treffen auf präexistente herrschaftliche Strukturen. Es kommen beiderseits Fragen auf: „Wer hat Zugang zu welcher Versorgung und Ressourcen?“, aber auch „Wen werden die nachfolgenden Auswirkungen wie beispielsweise eine Wirtschaftskrise besonders treffen?“. Anhand dieser Fragen werden bereits bestehende Ungleichheiten sichtbar, indem vulnerable (= besonders bedrohte) Personen, Menschen im Globalen Süden oder marginalisierte Gruppen besonders betroffen sind.

Beide Krisen in ihrer Entstehung sind zumindest teilweise Auswirkungen eines globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Bei näherer Betrachtung der Covid-19-Pandemie zeigt sich, dass sie keinesfalls als unabänderliche Naturkatastrophe verstanden werden sollte, sondern mit kapitalistischer Expansionslogik zusammenhängt. Wahrscheinlich konnte der neue Virus nur durch die stark veränderten Mensch-Tier-Verhältnisse auf den Menschen überspringen. Durch verstärkte Urbanisierung und -Entwicklung der Landschaft haben viele Wildtiere, darunter auch die Fledermaus, immer weniger

Rückzugsraum und der Kontakt zu Menschen bzw. Zwischenwirten wie dem Schuppentier auf dem Wuhaner Wildtiermarkt erhöht sich stark .

Wir begreifen sowohl die Covid-19-Pandemie als auch die Klimakrise als Gerechtigkeitskrisen, die globale Auswirkungen haben, mit denen wir uns näher beschäftigen wollen. Abseits dieser Parallelen zeigen sich auch Unterschiede zwischen beiden Krisen, welche vor allem einen Einfluss darauf haben, wie auf diese reagiert wird.

ZEITLICHE DIMENSION

Während sich die Klimakrise seit Jahrzehnten anbahnt und graduell voranschreitet, wirkt sich die Coronakrise in einem viel engeren zeitlichen Rahmen aus. So schnell, wie die Infektions- und Todeszahlen der Pandemie teilweise innerhalb weniger Tage eskalierten, so schlagartig wurden auch Maßnahmen als Reaktion darauf umgesetzt. Dabei ist bemerkenswert, dass deutsche Entscheidungsträger*innen erst reagierten, als die Zahl an Coronafällen in Deutschland anstieg, obwohl die Krise sich schon seit Wochen in anderen Teilen der Welt abzeichnete. Während bei der Klimakrise schon seit Jahrzehnten die Folgen des Klimawandels bekannt sind und immer spürbarer werden, werden mögliche Maßnahmen nur sehr schleppend umgesetzt. Dies liegt auch daran, dass der Zusammenhang zwischen den Maßnahmen und den erwünschten Wirkungen bei der Coronakrise sehr viel eindeutiger und in einem engeren zeitlichen Rahmen ist als bei der Klimakrise, sodass auch drastische Maßnahmen sehr viel einfacher zu legitimieren sind.

SICHTBARKEIT

Des Weiteren lassen sich die gravierenden Folgen durch den Klimawandel sehr viel schwieriger direkt in Statistiken erfassen, da sie durch ein komplexes Zusammenspiel von Faktoren verursacht werden. Auch durch den Klimawandel sterben Menschen, besonders im Globalen Süden, durch verstärkte und frequentierte Hitzewellen, Waldbrände, Überschwemmungen, Lebensmittelknappheit, und in den durch die damit verknüpften Krisen ausgelösten Kriege etc. Von der WHO wurden in einer Studie rund 250.000 zusätzliche Todesfälle zwischen 2030 und 2050 auf Grund von Klimawandelfolgen prognostiziert . Allein in Deutschland starben 2015 über 6000 Menschen an

gesundheitlichen Folgen der großen Hitze . Es ist nicht unsere Absicht, die Fallzahlen gegeneinander aufzuwiegen, sondern zu zeigen: wenn es wirklich immer um die Achtung jedes einzelnen Menschenlebens und um Solidarität ginge (dieser Begriff scheint ja in Bezug auf die Coronakrise plötzlich in Mode gekommen zu sein), gäbe es einiges zu verändern.

BETROFFENHEIT

Es stellt sich die Frage, inwiefern sich die Betroffenheit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen auf die politischen Handlungen auswirkt. Corona scheint uns direkt in der Gegenwart zu betreffen, wohingegen die Klimawandelfolgen in die vermeintliche Zukunft projiziert werden und eher zukünftige Generationen als Leidtragende gesehen werden, was den aktuellen Handlungsdruck entschärft. Noch funktioniert das Verdrängen der Klimakrise im Globalen Norden also recht gut - ein solches Verdrängen wäre in der Coronapandemie nicht denkbar gewesen. Aber auch die Projektion der Klimakrise auf die Zukunft entpuppt sich als Trugschluss, da die Auswirkungen des Klimawandels schon jetzt besonders im Globalen Süden spürbar werden. Historische gewachsene rassistische Strukturen führen dazu, dass die Betroffenheit dieser Menschen nicht als wichtig genug erachtet wird und keine Handlungen folgen. Bei den derzeitigen nationalstaatlichen Maßnahmen gegen die Coronakrise geht es hauptsächlich um das Wohl der jeweiligen Staatsbürger*innen, auch wenn internationale Unterstützung diskutiert wird. Für tatsächlich solidarische, gerechte Maßnahmen angesichts beider Krisen müssten die Leben von Menschen global geachtet werden.

Dazu müssten sich die Länder des globalen Nordens zunächst ihrer kolonialgeschichtlichen Verantwortung stellen. Radikal weitergedacht bedeutet das, das gesamte kapitalistische System in Frage zu stellen, einschließlich der immanenten postkolonialen Strukturen, globalen Ausbeutung und Diskrepanz zwischen Verantwortung und Betroffenheit. Diese imperiale Lebensweise treibt nur weiter den menschengemachten Klimawandel und die Ungerechtigkeit voran, anstatt uns zu befähigen eine (klima-)gerechte Welt aufzubauen, in der es um alle geht und wir nicht auf Kosten anderer leben.

SOLIDARITÄT

Mit der Coronakrise tauchen plötzlich Begriffe wie -kollektive Verantwortung- oder -Solidarität- in der Öffentlichkeit auf, welche in unserem auf Wachstum, Profit, Konkurrenz und Ausbeutung beruhenden System durchaus ungewöhnlich sind. Wenn es wirklich so wäre, dass -Alle zählen-, wie Angela Merkel in ihrer Ansprache vom 18. März 2020 betont, dann würden wir diesen Anspruch auch in jegliche andere Bereiche übertragen und vor allem nicht wieder vergessen, wenn die Coronakrise überstanden ist! Diese sogenannte -Solidarität- wird hier nur national gedacht und es zählen eben nicht alle. Obdachlose und eingesperrte Menschen, sowie Geflüchtete werden im Stich gelassen während sich ihre Lage noch verschlechtert hat.

Für eine echte globale Gerechtigkeit brauchen wir Solidarität als Grundlage jeglichen Handelns, die nicht nur propagiert wird, wenn sie situativ nützlich erscheint, wie es gerade im politischen Diskurs passiert. Diese ist notwendigerweise transnational und schlussendlich antinational.

GEFAHREN

Wir sehen in der Coronakrise das Potential für weitreichende gesellschaftliche Veränderung, welches wir im nächsten Absatz aufzeigen wollen. Dennoch ist es auch wichtig, die Krise als das zu benennen, was sie für sehr viele Menschen darstellt: eine existentielle Bedrohung ihrer Gesundheit und ökonomischen Lebensgrundlage. Auch wenn es derzeit Hilfgelder von der Regierung gibt, beispielsweise für Selbstständige, wird sich sehr wahrscheinlich ein ähnlicher Trend abzeichnen wie auch schon 2008 im Rahmen der Finanzkrise: großen, -relevanten- Unternehmen wird geholfen, während ein Großteil der Menschen in eine noch prekärer Situation geworfen wird und die Schere zwischen Arm und Reich sich weiter öffnet. Auch global gesehen wird die Coronakrise bestehende Ungleichheiten weiter verschärfen.

Zudem bieten die derzeitigen Corona-Maßnahmen die politische Möglichkeit, autoritäre Staatsstrukturen unter gesellschaftlicher Legitimation weiter auszubauen. Ein Beispiel hierfür ist das viel diskutierte Sammeln und Auswerten von Handyortungsdaten sowie die verstärkte Polizeipräsenz auf den Straßen. Der

starke Staat wird als Retter vor der Unverantwortlichkeit der Mitmenschen inszeniert, er solle doch endlich weitreichende Verbote aussprechen, damit beispielsweise die Nachbar*innen sich nicht mehr im Park treffen. (Was das über die Konfliktbewältigung aussagt, zu der wir gesellschaftlich fähig sind, könnte an anderer Stelle weiter diskutiert werden.) Allgemein werden im Zuge von Corona massiv Grundrechte wie die Versammlungs- oder auch Bewegungsfreiheit eingeschränkt, nationale Grenzen hochgefahren und die europäischen Außengrenzen als -Schutzschild- gegen geflüchtete Menschen bezeichnet. Wir sehen eine Gefahr darin, dass diese Krisenmaßnahmen nach dem Coronaausnahm ezustand nicht einfach wieder verpuffen, sondern teilweise bestehen bleiben oder mit viel geringeren politischen Kosten wiederholt werden können. Deshalb gilt es jetzt schon zu diskutieren, welche dieser Maßnahmen notwendig sind und welche nicht; was nach Corona von diesen Maßnahmen bleiben wird und wie wir damit als emanzipatorische Bewegung umgehen.

Neben den oben genannten und weiteren beängstigenden politischen Tendenzen, die sich im Zuge der Coronakrise aufzeigen könnten oder es schon tun, sehen wir die Krise aber auch als mögliche Zäsur im business-as-usual, das uns in absehbarer Zeit klimapolitisch an die Wand fahren würde.

KRISE ALS CHANCE

Aus klimapolitischer Sicht zeichnen sich bereits ganz konkret Trends ab, die für eine klimagerechte Welt unentbehrlich sind: große Industrien wie die Luftfahrt- oder Autoindustrie sind derzeit erheblich geschwächt und die Sinnhaftigkeit regionaler Wertschöpfungsketten könnte wieder in den Vordergrund rücken. Während der Coronakrise waren zweitweise über 50% des Energiebedarfs über erneuerbare Energien gedeckt - ein Zusammenkommen des sonnigen Wetters und der derzeit generell eingeschränkten industriellen Produktion. Auch wenn dieses Rekordhoch als -Momentaufnahme- eingeordnet werden muss, zeigt es doch, dass eine umfassende Nutzung erneuerbarer Energien möglich ist. Außerdem haben die drastischen Einschränkungen der Wirtschaftsaktivitäten zu einem Einbruch der Treibhausgasemissionen geführt, in China

beispielsweise um ganze 100 Millionen Tonnen im Vergleich zum Vorjahr. Auch wenn dies zunächst einen positiven Effekt für das weltweite Klima darstellt, sollte uns klar sein, dass dieser Einmaleffekt wieder aufgehoben sein wird, sobald die normalen Wirtschaftsaktivitäten wieder aufgenommen werden. Dennoch zeigt dieser indirekte Effekt der Coronakrise eindeutig und anschaulich den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsaktivität und Treibhausgasemissionen auf, wie er auch bereits 2009 im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise sichtbar wurde.

An diesem Punkt könnte sich ein neues Diskursfeld öffnen, was für Klimapolitik von erheblicher Bedeutung ist. Wenn die einzige Möglichkeit, CO₂-Emissionen drastisch zu senken, das massive Einschränken unseres Wirtschaftssystems zu sein scheint, was sagt das über dieses Wirtschaftssystem aus? Weshalb sollten wir nach der Coronakrise (mit hohen CO₂-Emissionen) die Wirtschaft wieder auf Schwung bringen, und dadurch direkt in die nächste, existenzielle Krise steuern? Schon jetzt werden vermehrt Stimmen laut, die ohnehin schon schwachen Maßnahmen gegen den Klimawandel doch hintenanzustellen und angesichts der drohenden Rezession zunächst höchste Priorität auf das Ankurbeln der Wirtschaft zu legen. Genau dieses gegeneinander Aufwiegen von Klimaschutz und Wirtschaft ist aber die Wurzel des Problems. Dass unendliches Wachstum, wie es im kapitalistischen Wirtschaftssystem einprogrammiert ist, unvereinbar ist mit einem endlichen Planeten, sollte allen einleuchten. Nun ist es an der Zeit, dass diese Erkenntnis auch in Handlungen übersetzt wird.

Wir glauben, dass die Coronakrise das Potential bietet, Gesellschaft radikal anders - und (klima)gerecht zu denken. Dazu äußerte sich kürzlich etwa Naomi Klein über die Wichtigkeit sozialer Bewegungen: -Only a crisis - actual or perceived - produces real change. When that crisis occurs, the actions that are taken depend on the ideas that are lying around. ... That, I believe, is our basic function: to develop alternatives to existing policies, to keep them alive and available until the politically impossible becomes politically inevitable.-

Derzeit wird gesamtgesellschaftlich über die Legitimität von Mieten diskutiert. Es wird auf einmal deutlich, wie absurd und ungerecht ein System ist, in dem einige Menschen besitzen und daran Geld verdienen, während andere die Miete nicht mehr zahlen können. Auch über die Einführung eines Grundeinkommens wird auf einmal ernsthaft nachgedacht; die Vergesellschaftung beziehungsweise Entprivatisierung bestimmter Bereiche wie z. B. Krankenhäuser erscheint vorstellbar. Generell scheint sich eine Erkenntnis durchzusetzen: neoliberale Machtpolitiken eignen sich nicht zur Lösung der Coronakrise - weshalb sollten sie angemessen sein, um auf die Klimakrise zu reagieren?



Zudem zwingt uns die Coronakrise dazu, neu über die Wichtigkeit bestimmter Berufsfelder nachzudenken. Die Pandemie macht auf einmal sichtbar, welche Arbeiten zwar essenziell sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft, aber in patriarchaler Deutungshoheit sehr oft unsichtbar gemacht werden. Pflegeberufe könnten die ihnen zustehende Wertschätzung und Anerkennung erfahren, doch dafür braucht es mehr als Klatschen zum Dank - es braucht konkrete politische Veränderungen wie bessere Bezahlung. Darüber hinaus stellt sich durch Corona auch die Frage -Was ist eigentlich Arbeit?- und bietet die Möglichkeit, Arbeit gesellschaftlich neu zu organisieren. Dass gerade reproduktive bzw. Care-Arbeit sehr wichtig ist, aber meistens ungesehen und unbezahlt bleibt, haben feministische Perspektiven schon lange hervorgehoben. Jetzt ist es an der Zeit, diese Ungerechtigkeiten radikal

infrage zu stellen.

Last but not least zeigt sich in Corona-Zeiten das große Potential solidarischer Organisierung. Zwar hören wir von Hamsterkäufen und Desinfektionsmittel-Diebstählen, die nur zu gut die auf Konkurrenz getrimmte, kapitalistische Ellenbogenmentalität unserer Gesellschaft widerspiegeln. Andererseits aber sind seit Beginn der Krise unzählige Nachbarschafts-Netzwerke oder Initiativen wie Hausbesetzungen für obdachlose Menschen (z.B. in Köln) entstanden. Ein Grundgedanke, der weite Teile der Gesellschaft in diesen Zeiten durchzieht, scheint zu sein, auf Andere zu achten, sich rücksichtsvoll zu verhalten, denen zu helfen, die Corona besonders hart trifft. Dies lässt erahnen, was für ein Zusammenleben denkbar wäre in einer nicht auf Ausbeutung und Konkurrenz, sondern auf Bedürfnissen und Fürsorge sowie auf solidarischen Beziehungen basierenden Art der gesellschaftlichen Organisierung.

SYSTEMCHANGE

Die Coronavirus-Pandemie zeigt uns: Wenn dringendes Handeln notwendig ist, wird die Lösung des Problems nicht dem -Markt-überlassen, sondern den Regierungen. Gleichzeitig deckt die Krise gesellschaftliche Probleme und systematische Ursachen auf. Diese Systemfehler klar zu erkennen wollen wir als Chance zum Umdenken und entsprechendem Handeln wahrnehmen - und auch nicht nach dem Ausnahmezustand wieder vergessen, sondern weiterverfolgen.

Dabei müssen wir uns auch die Ambivalenz der aktuellen staatlichen Maßnahmen vor Augen führen. Einerseits zeigen sie, dass effektives staatliches Krisenmanagement sehr wohl möglich ist. Radikalere Schritte in Bezug auf Klima, die zuvor undenkbar schienen, werden plötzlich vorstellbar. Andererseits müssen autoritäre Maßnahmen als das enttarnt werden, was sie sind - Demonstration und Mittel zur Aufrechterhaltung von Macht.

Wir haben diese Ambivalenzen und die Strategien, mit denen wir die Welt verändern wollen, nicht ausdiskutiert, aber eine Vorstellung dessen, dass es für eine echte sozial-ökologische Transformation

eine antikapitalistische und herrschaftskritische Perspektive braucht. Herrschaftliche, kapitalistische und nationale Systeme werden nie das Wohl aller Menschen miteinbeziehen. Sie fußen auf der Ausbeutung und dem Leid vieler, zum Wohl einiger. In diesem System ist es nahegelegt, seine eigene privilegierte Position zu verteidigen und nicht aufzugeben, was sich dementsprechend im Nicht-Handeln angesichts der Klimakrise äußert. Wir können weder in träge Institutionen noch politische Entscheidungsträger*innen (die in der eben benannten Logik agieren) vertrauen und somit unsere Verantwortung abgeben, geschweige denn abwarten, wenn der Klimawandel uns keine Zeit lässt. Wir müssen die Transformation hin zu einer (klima-)gerechten Welt selbst in die Hand nehmen. Doch wie diese im Rahmen einer größeren Utopie aussehen kann, muss kontinuierlich neu ausgehandelt werden.

Die momentane Krisensituation lässt uns umso deutlicher erkennen, dass es für eine gerechte Welt notwendig ist, unsere Lebensweise nach Bedürfnissen und nicht nach Profit zu organisieren, solidarisches Handeln in unseren Alltag zu integrieren und uns dementsprechend aufeinander zu beziehen, globale Zusammenhänge mitzudenken und zu hinterfragen, welche gesellschaftlichen Bereiche wir ausbauen, neu entwickeln oder verwerfen sollten.

Wir laden euch dazu ein, euch als politische Menschen zu begreifen und die Corona-Zeit dazu zu nutzen, Prioritäten neu zu sortieren und darüber auszutauschen wie eine soziale, ökologische und gerechte Transformation aussehen und vonstattengehen kann. Lasst uns in dieser Zeit nicht politisch innehalten, auch wenn sich der Schwerpunkt gerade weg von der Klimakrise verschiebt. Organisiert euch mit Nachbar*innen, diskutiert über systemchange, seid solidarisch mit betroffenen Menschen, und macht Öffentlichkeit für Geflüchtete und Gefangene. Bleibt in Bewegung! Und danach, lasst uns nicht von dieser Krise in die nächste stürzen, sondern aus dieser lernen und sie als Anlass zum Wandel sehen, uns von diesem Krisensystem abzuwenden.

EKIB (Energiekämpfe in Bewegung)
Neuer Blog: ekibfreiburg.blackblogs.org

Bevor die Krise so richtig einschlägt: Jetzt eure gewerkschaftlichen Verhältnisse regeln!



Die Corona-Krise verändert die Welt. Überall kämpfen Kolleg_innen des medizinischen Personals heute mit prekären Mitteln um das Leben von Patient_innen. Der Ausverkauf der Gesundheitssysteme in den letzten Jahren fordert heute die Leben tausender. Noch viel mehr Menschen gehen wirtschaftlich und emotional ungewissen Zeiten entgegen. Die letzte Krise ist noch nicht lange her, ihre Folgen sind heute noch überall zu spüren. Die neue Krise die uns nun bevorsteht wird vermutlich ebenso schlimm, wenn nicht schlimmer als die letzte.

Es werden nicht "nur" weiterhin viele Menschen an dem Virus erkranken und sterben. Wir werden auch nicht "nur" in unseren physischen Kontakten oder in der Nutzung des öffentlichen Raums eingeschränkt sein. Was wir außerdem erleben werden, wird höchstwahrscheinlich ein weiterer Abbau der Sozialsysteme sein, eine Ausweitung der unsicheren Beschäftigungsformen, mehr Druck bei staatlichen Transferleistungen, eine Einschränkung der Arbeits- und Bürger_innenrechte, eine Ausweitung von Überwachung und Strafe. Nicht unwahrscheinlich ist, dass dies begleitet sein wird von nationalistischem Populismus und einer allgemeinen Hetze gegen Migrant_innen und Erwerbslose sowie der Verschärfung sexistischer Herrschaft und Gewalt.¹ Vieles davon geschieht bereits.

Es gilt JETZT die aktuelle Krise, die Ausnahmesituation und den damit einhergehenden Diskussionsraum zu nutzen, um sie in eine Phase der Emanzipation, der Klassenkämpfe und des Kampfes um Selbstbestimmung zu verwandeln. Schaffen wir das nicht, stehen uns düstere Jahre bevor.

Wir rufen aus diesem Grund dazu auf, dass sich alle Menschen, denen Solidarität und

Selbstbestimmung wichtig sind, spätestens jetzt in Basisgewerkschaften organisieren. Ob es gelingen kann, die bevorstehende Massenarmut, Zwangsräumungen und Verschärfung der politischen Situation abzufedern oder gar utopisch zu wenden hängt von einigen Rahmenfaktoren ab: Streikkassen, bundesweite und internationale basisdemokratische Informations- und Entscheidungsstrukturen, Sammlung von arbeits- und sozialrechtlichem KnowHow und schlicht der schieren Größe und Mobilisierungsfähigkeit emanzipatorischer Akteur_innen. Basisgewerkschaften bilden dafür ein wichtiges Rückgrat, ebenso wie Antirepressions-Organisationen. Nach Möglichkeit sollten wir alle in ihnen Mitglied sein.

UNTERSTÜTZE DESHALB BITTE UNSERE ARBEIT, WERDE GEWERKSCHAFTSMITGLIED!

Es kommt nicht darauf an ob du Geld oder Zeit hast, wir freuen uns, mit dir zusammen zu stehen! Mit uns organisieren sich nicht nur klassische Arbeiter_innen aller Branchen, sondern auch Erwerbslose, Schüler_innen, Studierende, Azubis, Rentner_innen, Soloselbstständige uvm.

FAU Freiburg
freiburg.fau.org

¹ Beispiele: Aktuell wird versucht den 8h-Tag auszuhebeln, die Höchstarbeitszeit soll nicht nur auf 12h/Tag und 60h/Woche angehoben, sondern gleichzeitig die Ruhezeiten von elf auf neun Stunden verkürzt werden können, Frauenhäuser in China erleben seit den Corona-Maßnahmen teilweise eine verdreifachte Fallzahl, in den letzten Wochen erlebten wir politische Versuche massenhaft auf Handydaten von Bürger_innen zurück zu greifen, der Einsatz von Drohnen wurde deutlich erhöht, jeder öffentliche Protest, auch einzeln in Autos oder mit Transparenten ohne Menschen wurde durch die Polizei unterbunden. Auch die Tatsache, dass in den griechischen Lagern der Tod hunderter Geflüchteter durch die Katastrophale Lagerunterbringung und das Kippen Ungarns in eine Diktatur einfach hingenommen werden, stützt unsere Vermutung.

Freiburg und die Welt bleiben bunt!

In Freiburg und an vielen anderen Orten der Welt (Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien, USA usw.) tauchen immer mehr antikapitalistische und antistaatliche Botschaften an den Balkons und Wänden der Städte auf. Grund dafür ist die rücksichtslose Politik der Staaten der Welt und ihrer Wirtschaften im Angesicht der Corona-Krise.

Inmitten einer globalen Pandemie werden immer noch Profite über Menschenleben gestellt. Während Arbeitsbereiche, die für das grundsätzliche Überleben nicht nötig sind, weiter betrieben werden und somit Millionen Menschen einem unnötig hohen Infektionsrisiko ausgesetzt werden, um den üblichen Gewinnverlauf mit so wenig Schäden wie möglich weiter zu treiben, geben Staaten wie Frankreich mehr Geld für Ausrüstung der Polizei als für öffentliche Krankenhäuser aus. Auch in Deutschland gilt „business as usual“: Arbeit geht weiter, aber sonst soll mensch gefälligst zuhause bleiben, das Gesundheitssystem wird finanziell nicht mehr unterstützt als sonst, im Gegenteil, Arbeitsstunden werden für Pflegekräfte verlängert, ohne bessere Bezahlung.

Aus diesen und vielen anderen Gründen sammeln sich immer mehr Schriftzüge in Freiburg, sowie überall, die eine klare Botschaft haben: wir müssen das kapitalistische System ein für allemal abschaffen und durch ein soziales, solidarisches System ersetzen, in dem Menschenleben und die Wohlfahrt Aller im Vordergrund steht. Wir rufen alle, die dazu in der Lage sind, auf, diese Botschaften so oft es geht nach außen zu tragen! Macht die Stadt bunt und organisiert den Widerstand!

DER KAMPF GEHT WEITER!

Antifaschistische Jugend Freiburg
antifaschistischejugendfreiburg.blackblogs.org



Kommt alle! Kommt verummmt!

Das Bundesverfassungsgericht hat das von der Stadt Gießen ausgesprochene Demoverbot am 16. April gekippt. Demo sind also auch während der Corona-Krise grundsätzlich erlaubt – wenn auch mit Abstand zwischen den Demonstrierenden und ausschließlich verummmt.

Autonome Antifa Freiburg
autonome-antifa.org

Nein zum verschärften Polizeigesetz!

Information zur geplanten Verschärfung des Polizeigesetzes in Baden-Württemberg während der Corona-Pandemie

Hier die Infos auch zum angucken - Teilt den Link!
<https://vimeo.com/411739599>

Bereits vor einem Jahr gingen hunderte Menschen in vielen Städten Baden-Württembergs gegen die geplanten Erweiterungen der Polizeibefugnisse auf die Straße.

Jetzt, während die Corona-Krise weiterhin alle anderen Themen aus der Berichterstattung und dem öffentlichen Diskurs verdrängt, versucht die schwarz-grüne Landesregierung erneut einen Vorstoß zur Verschärfung des Polizeigesetzes. Eine überarbeitete Version - vorgelegt vom Innenministerium unter Hardliner Thomas Strobl (CDU) - wurde Ende März veröffentlicht. Diese könnte nun sehr schnell, an der Öffentlichkeit vorbei, verabschiedet werden. Dieser neue Gesetzesentwurf stellt den Vorangegangenen an Ausmaß und Reichweite noch in den Schatten.

Schon zur letzten Gesetzesverschärfung 2017 kündigte Ministerpräsident Kretschmann an: -Wir sind bereit, notfalls an die Grenzen des verfassungsrechtlich Möglichen zu gehen.-2 Diese Grenze scheint nun endgültig überschritten. Der neue Gesetzesentwurf soll Rechtsgrundlagen schaffen, die emanzipatorische Bewegungen noch stärker einschränken werden, den Überwachungsstaat auszubauen und marginalisierte Gruppen zu kriminalisieren und sanktionieren:

- Massive Einschränkungen der Versammlungsfreiheit: Die Polizei darf Personalien feststellen und Personen und Sachen durchsuchen, die im Zusammenhang mit „öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen“ stehen, denen die Polizei „ein besonderes Gefährdungsrisiko“ zuschreibt. Dieses -besondere Gefährdungsrisiko- könnte jeglichen Veranstaltungen zugeordnet werden, denn eine Grundlage für ein ebensolches Risiko sind -erfahrungsgemäß[e] erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit.- Somit können diese

Maßnahmen zum Beispiel genutzt werden, um repressiv gegen Demonstrationen vorzugehen - Erfahrungen müssen schließlich zunächst nicht quantifiziert werden - und sind damit eine krasse Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Auch wenn Die Grünen behaupten Demonstrationen seien von dieser Maßnahme ausgeschlossen spiegelt sich dies nicht im Gesetzestext wieder.

Hier zeigt sich auch, wie drastisch sich der aktuelle Entwurf im Vergleich zur letzten Version verschärft hat - dort hieß es noch: -Stärkung der Rechte der Besucher*innen von Großveranstaltungen: Es dürfen keine anlasslosen Kontrollen stattfinden.“

Zwar finden solche Kontrollen de facto bereits statt - aber eine Legalisierung wird die Cops noch frecher werden lassen - wir sagen nein!

- Schikanierung mutmaßlich -gefährlicher-Personen: Mit der sogenannten -Gefährderansprache- schafft sich die Polizei eine rechtliche Grundlage, Menschen die auffällig werden könnten aufzusuchen und einzuschüchtern. Diese Vorverlagerung der Arbeit der Repressionsbehörden in den präventiven Bereich ist höchst bedenklich. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Maßnahme verschärft auch gegen linke Aktivist*innen genutzt werden wird.

- Aushebelung des Hausrechts und der Unverletzlichkeit der Wohnung: Der Einsatz von BodyCams wird auf private Wohnungen, Arbeits- und Geschäftsräumen ausgeweitet. Ein richterlicher Beschluss ist erst nötig, um das Material zu nutzen - nachdem es schon in Händen der Polizei ist. Dass unsere Daten bei der Polizei jedoch nicht sicher sind, haben uns spätestens der NSU 2.0 gezeigt.

- Ausweitung der (intelligenten) Videoüberwachung: Die Videoüberwachung wird auf zahlreiche öffentliche Orte und solche, die als -gefährdet- eingestuft werden können, ausgeweitet. Dies schließt die sogenannte -intelligente- Videoüberwachung mit ein. Hierbei werden Computerprogramme in Echtzeit Videomaterial auf verdächtige Bewegungen hin aus. Diese Nutzung künstlicher Intelligenz ist eine militärische

Technik, die so auf offener Straße getestet und verbessert werden kann. Durch die Überwachung an teilweise nicht bekanntgegebene -gefährderten Orte- sind verdeckte Aufnahmen möglich.

-Gefährliche Orte- im Visier: Es ist nicht transparent nach welchen Kriterien die Landesregierung Orte als gefährlich einordnen lässt. Auch gibt es keine öffentlich einzusehende Liste, welche Veranstaltungen als gefährlich klassifiziert wurden oder weiterhin werden. Da die neuen Regelungen der Polizei eine enorme Rechteerweiterung an diesen Orten und Versammlungen gewährt, wäre eine transparent geführte Auflistung eine mindeste Notwendigkeit.

Schon jetzt sind für viele Menschen, insbesondere marginalisierte Gruppen, Schikanen und Gewalt durch die Polizei Teil ihres Alltags. Es ist kein Geheimnis, dass zum Beispiel Rassismus in der Polizei tief verankert ist. Das zeigt sich unter anderem in der Praxis des Racial Profiling. Anstatt zu versuchen, diese möglichst einzudämmen und zu verhindern, sollen die Befugnisse der Polizei nun wieder einmal ausgeweitet werden. Der Gesetzesentwurf öffnet Tür und Tor für anlasslose Personenkontrollen und legt vieles in den Ermessensspielraum der Polizist*innen. Dadurch wird es für die Cops noch leichter diese Arten von Verhalten fortzuführen und gleichzeitig wird es schwieriger werden, gegen unrechtmäßiges und diskriminierendes Verhalten seitens der Cops vorzugehen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen, nämlich Möglichkeiten uns gegen willkürliches Vorgehen der Polizei zu wehren und Schutz von Menschen, die davon betroffen sind.

Nachdem es noch Ende 2019 den Anschein hatte, dass Die Grünen unter dem Druck der Öffentlichkeit ihr Vorhaben überdachten und einige der Forderungen der CDU nicht mittragen wollten, haben sie nun doch bei vielen zusätzlichen Verschärfungen zugestimmt.³ Die Behauptungen der Grünen, dass mit den Gesetzesänderungen die Freiheitsrechte gestärkt⁴ werden, spiegelt sich im vorliegenden Entwurf nicht wieder. Im Gegenteil: Die aktuell vorgesehenen Verschärfungen stellen eine Gefahr für die Überbleibsel unserer Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum, unserer Privatsphäre und Versammlungsfreiheit dar.

Deshalb müssen wir handeln und wir müssen schnell handeln, denn der neue Entwurf könnte schon innerhalb der nächsten Wochen geltendes Gesetz werden!

Links:

1 Genauere Infos zu den geplanten Verschärfungen mit explizitem Bezug auf den Gesetzestext:

<https://www.imi-online.de/2020/04/14/baden-wuerttemberg-verschaerfung-des-polizeigesetzes-waehrend-corona-krise/>

2 <https://www.merkur.de/politik/kretschmann-notfalls-verfassungsrechtliche-grenzen-ausreizen-zr-7269071.html>

3 <https://www.gruene-landtag-bw.de/themen/sicherheit-und-justiz/einigung-zu-polizeigesetz-und-bleiberecht-steht/>

4 <https://www.gruene-landtag-bw.de/themen/sicherheit-und-justiz/polizeigesetz-fragen-antworten/?L=0>



Keine heimliche Verschärfung der Polizeigesetze in der Corona-Krise!
Gegen noch mehr Überwachung, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, Verletzungen der Privatsphäre und Schikane durch die Polizei.
Gegen einen Polizeiapparat außer Kontrolle! #nopolgbw

Die ignorierte Risikogruppe: Der Umgang mit COVID-19 in deutschen Gefängnissen

COVID-19 UND DIE SCHATTEN UNSERER GESELLSCHAFT

Seit Wochen kommt das gesellschaftliche Leben immer mehr zum Erliegen. Die Straßen leeren sich, Läden und Restaurants bleiben geschlossen, die derzeitige Situation spitzt sich zu und auch die Ängste vor einer Infektion sind vielerorts spürbar. Wir haben begonnen ein Auge aufeinander zu haben und uns aus Respekt und Rücksichtnahme vorsichtig voneinander zu distanzieren.

Dabei ist klar, dass einige Gruppen mehr unter der aktuellen Situation leiden. Sei es, weil sie aufgrund ihres Alters oder von Vorerkrankungen ein höheres Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf haben, oder weil sie aufgrund von Wohnungslosigkeit oder vermehrtem Rassismus Anfeindungen ausgesetzt sind.

Dieser Text möchte einen Augenmerk auf Menschen legen, die dieser Tage noch mehr als sonst totgeschwiegen und ohne jedes Menschenrecht misshandelt und/oder eingesperrt werden. Es geht nicht um die Alten, welche in ihren Wohnheimen isoliert werden, noch um die Kranken die in Krankenhäusern in Quarantäne gesetzt werden. All diese Menschen werden, möglichst fürsorglich behandelt, versorgt und getestet sobald die ersten stichhaltigen Indizien auf eine Infektion mit dem Virus COVID-19 vorliegen.

ABER WER FEHLT DENN NOCH? WELCHE MENSCHEN SIND HIER NICHT MIT BEDACHT?

Es sind die Schatten unserer Gesellschaft. Obdachlose, Gefängnisinsass*innen und geflüchtete Menschen, die nun eingesperrt und komplett ignoriert werden. Für sie und Andere bringen diese Wochen eine heftige Verschlimmerung ihrer Situation. Berichtet wird darüber kaum. In diesem Text haben wir Informationen über die aktuelle Lage von Menschen gesammelt, die zur Zeit in deutschen Gefängnissen sitzen. Mehr noch als sonst, sind sie in diesen Zeiten darauf angewiesen, dass wir sie nicht vergessen.

Die aktuelle Situation in deutschen Gefängnissen
Die ersten Gefängnisse in Deutschland, wie etwa die JVA Freiburg haben bereits anfang März erste Einschränkungen verhängt, Besuchszeiten wurden auf ein Minimalstes gekürzt.¹

ZU DIESEM ZEITPUNKT WAREN IN ITALIEN BEREITS IN ZAHLREICHEN GEFÄNGNISSEN AUFSTÄNDE

ausgebrochen, mit denen Gefangene gegen Besuchsverbote und ihre riskante Unterbringung protestierten. Kurzzeitig wurde auch in hiesigen Medien über die Meutereien in Italien berichtet. Doch während sich die Lage dort verschlimmert und die Zahl der Toten steigt, verschwindet das Schicksal der Gefangenen wieder aus der Berichterstattung. Inzwischen sind die ersten Gefangenen mit COVID-19 infiziert, was den Schluß zulässt, dass die Krankheit durch die Wächter*innen und das restliche Personal eingeführt wurde.

Gefangene sind ungleich härter vom aktuellen Ausnahmezustand betroffen. Das hat mit zahlreichen Missständen in den Gefängnissen und im Justizsystem zu tun. Seit Jahrzehnten werden diese von (ehemals) Gefangenen und ihren Unterstützer*innen benannt und bekämpft.

MISSTÄNDE IN DEUTSCHEN GEFÄNGNISSEN ÜBERBELEGUNG UND ANSTECKUNGSGEFAHR

Selbst leitende Angestellte im Strafvollzugssystem bemängeln, dass Gefängnisse in Deutschland zu voll sind. Ab 85-90% Belegung gelten diese als voll, da es die Möglichkeit geben muss Gefangene nach Bedarf zu verlegen. Diese Marke wird in vielen Gefängnissen, vor allem im geschlossenen Vollzug, regelmäßig überschritten, wie aus Datenerhebungen des statistischen Bundesamtes hervorgeht.² In Baden-Württemberg gab es vergangenes Jahr sogar mehr Häftlinge als Haftplätze. Das Leben vieler Menschen auf engstem Raum bringt es mit sich, dass die Ansteckungsgefahr bei Krankheiten sehr hoch ist. Trotzdem erfolgen kaum Maßnahmen, um das

Risiko einer Verbreitung zu verringern. Wie zum Beispiel aus dem Bericht eines Gefangenen in der JVA Plötzensee, Berlin hervorgeht: „Heute haben sich hier drei Insassen bei der Arztgeschäftsstelle mit Corona Symptomen (Fieber, Husten, Atemprobleme) gemeldet und wurden ohne einem Arzt vorzustellen, zurück in ihre Hafträume geschickt, mit der Bitte, sich dort aufzuhalten und keine Panik unter anderen Insassen aufkommen zulassen! Ein Corona Test erfolgte nicht.“³ In der Anstalt stehen anscheinend nicht einmal Atemgeräte bereit, die bei schweren Verläufen zur Behandlung einer COVID-19 Infektion nötig wären. Gefangene können sich auch nicht selbst gegen Ansteckungen schützen, indem sie einander aus dem Weg gehen oder sich mit Handschuhen und Masken schützen. Diese stehen ihnen, und oft selbst den Wärter*innen nicht zu Verfügung.

**SOLIDARITY IS
OUR WEAPON**



VORERKRANKUNGEN UND GESUNDHEITS- SCHÄDLICHE LEBENSBEDINGUNGEN

Neben der Ansteckungsgefahr ist auch das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufes erhöht, weil viele Gefangene ohnehin geschwächte Immunsysteme haben. Eine ungesunde Ernährung, ständiger Bewegungsmangel und enormer psychischer Druck beeinträchtigen ihre Gesundheit beträchtlich. Ärzt*innen,

Menschenrechtler*innen, (ehemals) Gefangene und Unterstützer*innen weisen beständig darauf hin, dass die Lebensbedingungen und die gesundheitliche Versorgung in den Gefängnissen absolut unzureichend sind. Durch die Art, wie der Strafvollzug und die medizinische Versorgung der Insass*innen organisiert ist, wird Gefangenen die Möglichkeit genommen sich gut um die Bedürfnisse ihrer Körper zu kümmern. Durch die Art, wie der Strafvollzug und die medizinische Versorgung der Insass*innen organisiert ist, wird Gefangenen die Möglichkeit genommen sich gut um die Bedürfnisse ihrer Körper zu kümmern.

ISOLATION UND FEHLEN VON INFORMATIONEN

Aus ihren Umfeldern herausgerissen und von ihren Familien und Freund*innen getrennt, leben Gefängnisinsass*innen in weitgehender Isolation. Diese wird durch die Gefangenschaft geschaffen, durch Besuchsbeschränkungen und überhöhte Briefmarken- und Telefonkosten wird sie noch verschlimmert. Dabei sind gerade Kontakte nach Außen für Gefangene und ihre psychische Gesundheit von größter Bedeutung. Wenn aufgrund der Ausweitung des 19-Virus nun Besuche massiv eingeschränkt bzw. ganz verboten werden, stellt dies eine Zuspitzung ohnehin kaum erträglicher Zustände dar. Der eingeschränkte Kontakt nach Außen bedeutet auch, dass Gefangene Schwierigkeiten haben an Informationen, wie zum Beispiel aktuelle Nachrichten, zu kommen. In den letzten Wochen war es eine zentrale Forderung von Gefangenen und ihren Unterstützer*innen gesicherte und tagesaktuelle Informationen über den Virus und die derzeitige Lage zu bekommen.⁴ Auch ohne Ausnahmezustand und ein lebensbedrohendes Virus sind Informationen über gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen für Gefangene wichtig. Schließlich wirken sich diese durch Veränderungen in Gesetzen und Richtlinien direkt auf ihr Leben aus. Ganz zu schweigen davon, dass sich die meisten Gefangenen nach ihren Haftstrafen wieder in dieser Gesellschaft zurechtfinden sollen.

FREILASSUNGEN UND FÜRSORGE STATT VER- GESSEN

Der Umgang mit Gefangen in den letzten Wochen

durch Politik, Gefängnisverwaltung und Wärter*innen schockiert durch Rücksichtslosigkeit, Ignoranz und Verachtung für menschliches Leben. Überraschen tut er nicht. Ebenso wenig, wie das Ausbleiben von Berichterstattung und gesellschaftlicher Anteilnahme. Dass Gefangene in dieser Gesellschaft als Menschen zweiter Klasse gelten deren grundlegendste Bedürfnisse ignoriert werden können, wird allen deutlich, die sich – freiwillig oder nicht – mit der Realität eines Leben im Gefängnis auseinandersetzen.

In vielen Bundesländern werden mittlerweile Haftantritte für kürzere Gefängnisstrafen ausgesetzt, und mancherorts werden sogar Menschen frühzeitig entlassen, die Ersatzfreiheitsstrafen absitzen, also kleinere Strafen, die aufgrund von Geldmangel nicht abbezahlt werden konnten und deswegen in Freiheitsentzug umgewandelt wurden. Wir begrüßen die Entlassungen von Gefangenen und fordern, dass mehr Menschen freikommen. Jetzt erst recht. Das Einsperren von Menschen, von denen die meisten von Armut, Rassismus, häuslicher Gewalt und/oder Suchtkrankheiten betroffen sind, war noch nie eine Lösung für persönliche oder soziale Probleme.

Die allermeisten Gefangenen, sitzen aufgrund von Eigentums- oder Drogendelikten. Das bedeutet, dass sie für Taten bestraft werden, die eng mit ihren prekären Lebenslagen zusammenhängen.

Es kann nicht sein, dass eine Gesellschaft keinen besseren Umgang findet, als diese Menschen an einem Ort zu isolieren, an dem sie mehr Gewalt erfahren, an dem sie in der Gestaltung ihres Lebens und in der Suche nach Lösungen für persönlichen Probleme stark eingeschränkt werden, und der sie krank macht.

Es ist erschreckend, zu sehen, dass selbst in diesen Zeiten, kaum Interesse an der Situation von Gefangenen gezeigt wird. Wer die Menschen sind, die im Gefängnis sitzen, welche Umstände zu ihren Verurteilungen geführt haben und wie es ihnen ergeht, dass möchte niemand wissen. Zu tief sitzt wohl der Glauben daran, dass Gefangene vom Staat schon angemessen behandelt werden, dass sie vielleicht weniger Wert sind als man selbst, dass sie es halt verdient haben. Verdient krank zu

werden und, aufgrund der Umstände unter denen sie leben müssen, krank zu bleiben.

Verdient an physischen und psychischen Krankheiten zu sterben, die hätten behandelt werden können. Verdient dem COVID-19 Virus schutzlos ausgeliefert zu werden, an ihm vielleicht in hohen Zahlen zu sterben. Verdient, dass ihr Kampf für einen sorgsamem Umgang mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben mit mehr Isolation und Gewalt beantwortet wird.

Seitdem die ersten Infektionen in Deutschland bekannt wurden, wurden wir dazu aufgerufen uns solidarisch und rücksichtsvoll zu verhalten. Wir sollen einen verantwortungsvollen Umgang mit der Bedrohung unserer Gesundheit und der Leben von Menschen aus Risikogruppen finden. Das wollen wir tun, und zwar unter Einbezug aller Menschen, auch jener, die zu Zeit in Gefängnissen untergebracht sind. Durch das Ausbleiben fürsorglicher Maßnahmen werden ihre Leben zur Zeit mutwillig aufs Spiel gesetzt. Wir rufen dazu auf, diesem Zustand endlich Aufmerksamkeit zu schenken und fordern, dass nötige Gesundheitsmaßnahmen und Freilassungen durchgesetzt werden. Bevor sich das Virus durch alle Gefängnisse zieht, bevor Menschen sterben müssen.

BEVOR ES ZU SPÄT IST.

ABC Südwest
abcsuedwest.noblogs.org

¹ Aktuelle Berichte aus Freiburg lassen sich hier finden:

<https://www.freedom-for-thomas.de/thomas/texte.shtml#vollzug>

²

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Tabellen/belegungskapazitaet.html>

³

<https://criminalsforfreedom.noblogs.org/post/2020/03/19/berichte-von-gefangenen-aus-ploetzensee-ueber-die-corona-pandemie/>

⁴ Wie zum Beispiel aus diesem Artikel zur Lage in der JVA Chemnitz deutlich wird:

<https://de.indymedia.org/node/72459>

[B] Knastprofiteure angezündet

Praktische Solidarität mit den Angeklagten der Prozesse in Hamburg und den rebellierenden Gefangenen

Die Verfahren wegen G20 in Hamburg gehen weiter, das Parkbank Verfahren geht weiter. Knisternd brennen in Berliner Corona Nächten die Fahrzeuge der Knastprofiteure. Das ist nur das Mindeste was zu tun ist, angesichts der Aufstände der letzten Wochen in vielen Knästen weltweit:

Am 18. April brannte ein Transporter von GA tec am Falkplatz in Prenzlauer Berg und drei Tage später ein Fahrzeug von Eurovia Vinci am Bahnhof in Lichtenberg, GA tec gehört zum sodexo Konsortium, betreibt Privatknäste in England und ist in Deutschland Teil der Abschiebeindustrie. Eurovia Vinci baut Knäste sowie andere menschenfeindliche Projekte und betreibt mit Toll-Collect eine private Überwachungsagentur. Beide Firmen werden regelmäßig weltweit angegriffen und bieten sich daher als nachhaltiges Angriffsziel an.

9. März: Aufstände in 27 italienischen Knästen, mindestens acht Gefangene getötet, davon sechs in Modena.

Mitte März: Unruhen in mehreren spanischen Knästen, u.a. in Brians.

19. März: Aufstand im Knast von Santiago/Chile.

Seit 21. März: Aufstände in 13 columbianischen Knästen, 23 Gefangene getötet, zahlreiche Ausbrüche.

23. März: Ausbruch von 9 Gefangenen im Frauenknast von South Dakota, USA.

Ende März/ Anfang April: massive Revolten und Ausbrüche in iranischen Knästen.

6. April: Meuterei im Knast von Córdoba, Argentinien.

Ausschreitungen im Knast von Qoubbeh, in Tripoli/Libanon.

9. April: Meuterei in Irkutsk, Russland.

Mitte April: Streik im Knast von Korydallos, Rebellion im Frauenknast von Eleonas, Griechenland.

#40, richtig erkannt, dass die unterschiedlichen Städte im Wettbewerb um Standorte neuer Technologien und entsprechendem Image zueinander stehen. Weiterhin wollen sie das weitere taktische Vorgehen bestimmen und schlagen vor, den Widerstand auf einzelne Akteur*innen zu fokussieren. Konkret soll es gegen Tesla, Google, Zalando und Amazon gehen. Eine Stärke der Kampagne gegen DHL war, dass die Fahrzeuge überall herum stehen. Auch im Vorfeld von Castor Transporten war es easy DB und Vattenfall Fahrzeuge zu ernten. Die Schwäche militanter Kampagnen war schon immer ihr schleichendes Ende, bevor der Gegner in die Knie geht; mit wenigen Ausnahmen (NOlympia 1993 oder Frank Henkel 2016). Kampagnen laufen aus, weil die Ziele knapp werden, weil andere Themen wichtiger werden oder weil es zu riskant erscheint.

Mit der Tech- Industrie als primäres Interventionsfeld sind die Grenzen militanter Kleingruppen schnell erreicht, die der offenen Gruppen nicht. Die Ergänzung verschiedener Widerstandsebenen benötigt selbstbewusste offene Strukturen, die sich nicht von Angriffen distanzieren. Und die Bereitschaft zu einer kontinuierlichen aber asymmetrischen Praxis der klandestinen Zusammenhänge. Projekte wie die Berliner Liste vor einigen Jahren, lassen sich endlos fortschreiben und sind immer aktuell. Die Kunst besteht darin, sich weder durch Beliebigkeit bei der Auswahl der Ziele zu verzetteln bzw. wie es der o.g. Text bezeichnet, nicht zielführend zu sein, noch berechenbar zu werden.

Das Image der Stadt Berlin leidet darunter, wenn Firmen ihren Mitarbeiter*innen die Fahrzeuge nicht mit nach Hause geben können. Unsicherheit ist unser Faktor. Viele Funken erhöhen die Chance auf einen Steppenbrand. Die Tech- Industrie bleibt nur virtuell ohne die Firmen, die ihre Tempel bauen, sie bewachen, die Überflüssigen aussondern. Somit geht unser Vorschlag von einem leicht nachmachbaren Störfeuer auf die ganze Breite der stadtpolitischen Akteur*innen aus, nach für sie unvorhersehbaren Bestimmungen alles anzugreifen, was zum Funktionieren ihrer Art von Stadt notwendig ist.

FREIHEIT UND GLÜCK DEN GEFANGENEN – VERWESUNG DEN PROFITEUREN DER KNASTGESELLSCHAFT!

[Autonome Gruppen]

Anonyme Autor*innen haben in dem Papier „Ein paar stadtpolitische Gedanken in Zeiten des technologischen Angriffs“ – Autonomes Blättchen

Statement der drei vom Hinterhalt

Freitag, 10.04.2020

Nach zwei Monaten Haft haben die Compas Konstantina, Giannis und Dimitra ein gemeinsames Statement veröffentlicht. Sie waren am Steuer eines gestohlenen Fahrzeugs von einem Bullenkommando am helllichten Tag in einer Athener Vorstadt festgenommen worden. Der Staat wirft ihnen die Mitgliedschaft einer terroristischen Organisation vor. Schreibt den Gefangenen:

Δήμητρα Βαλαβάνη

Dikastiki Fylaki Korydallou – Gynaikieies Fylakes
T.K. 18110 – Korydallos, Athen

Κωσταντινα Αθανασοπουλου

Womens-Prison Eleonas
T.K. 32200 Thiva

Γιαννης Μηχαλιδης

Prison Malandrinou
T.K. 33053 Malandrino – Fokidas

Autonome Antifa Freiburg
autonome-antifa.org

Vor den Knastmauern bleiben die Nächte unsere: WISAG bitumiert!

In Solidarität mit allen gefangenen, obdachlosen und geflüchteten Menschen haben wir in der Nacht von Samstag auf Sonntag (4. auf 5.4.2020) eine WISAG Karre in der Offenburgerstraße in Freiburg kunstvoll zerlegt, indem wir Bitumen in den Lüftungsschacht gekippt haben. Es lebe die nächtliche Intervention! Gegen staatliche Kontrolle, Überwachungswahn und das absichtliche Töten von den „Schatten unserer Gesellschaft“!

So fand ein Text auf der Seite des ABC Südwest deutliche Worte zu den staatlichen Maßnahmen aufgrund von Corona, die die unhaltbaren Zustände hinter Gittern immer weiter verschlimmern: „Die Isolation der Gefangenen wurde massiv verstärkt, die medizinische Versorgung ist katastrophal und das Thema Knast bleibt in den Medien abwesend wie immer. Es sind die Schatten unserer Gesellschaft. Obdachlose, Gefängnisinsass*innen und geflüchtete Menschen, die nun eingesperrt und komplett ignoriert werden. Für sie und Andere bringen diese Wochen eine heftige Verschlimmerung ihrer Situation. Mehr noch als sonst, sind sie in dieser Zeit darauf angewiesen, dass wir sie nicht vergessen.“¹

Ob wie die Menschen bei den zahlreichen Prisonriots wie in Italien umkommen, die Isolation nicht mehr aushalten oder im Knast an Corona

erkranken. Es gibt keinen Selbstmord und keinen natürlichen Tod hinter Gittern. Der Staat hat die direkte Verantwortung für jede*n Eingeknastete*n, der*die in den Gefängnissen in den kommenden Monaten sterben wird.

ALLE GEFANGENEN MÜSSEN FREI KOMMEN. SOFORT!

In Gedanken an die Vergessenen des kapitalistischen Systems sind wir zur Tat geschritten und haben mit WISAG eine Firma getroffen, die durch Repression, Vertreibung und Ausbeutung generell und vor allem jetzt - in Zeiten zunehmender Überwachung, Kontrolle und Krisenstimmung - massiv profitiert.

Egal wo man hinschaut, unterstützt dieser Konzern die Herrschaft des Staates: ob in der ausbeuterischen Reinigungssparte, als militärischer Objektschutz oder als Sicherheitspersonal in Flughäfen, wo sie Abschiebungen und institutionellen Rassismus zu verantworten haben. Außerdem verdient die private Sicherheitsfirma durch Fahrscheinkontrollen z.B. in Berlin in Zusammenarbeit mit der BVG direkt an der Not von Menschen, die durch „in den meisten Fällen sozialchauvinistische und gewaltgeile Macker Schweine“² im Knast landen: „Dank dieser „Fahrgastbetreuung“ werden jährlich mehr als 300

Leute in die Berliner Knäste gesteckt. Die JVA Plötzensee besteht zu einem beachtlichen Teil aus Insassen die wegen „Beförderungerschleichung“ einsitzen. 2018 nahm sich einer von ihnen das Leben.“²

Doch das ist nicht alles: Auch gegen Freiräume und für Verdrängung hat sich WISAG einen Namen gemacht. So war sie sich nicht zu schade Obdachlose in der Rummelsburger Bucht zu Gunsten der Investitionen von Padovicz zu vertreiben: "Ihre Mitarbeiter verboten beispielsweise den in der Rummelsburger Bucht lebenden wohnungslosen Menschen selbst bei Minusgraden, offenes Feuer zu machen und räumten sogar aktiv mit, indem sie die dortigen Freiflächen-Bewohner*innen mit der Ankündigung von ausgedachten Räumungsterminen einschüchterten und so zum Umzug erpressten.“³

Wir beobachten mit Wut, wie immer mehr Orte zu Corona-Zeiten wie selbstverständlich zu privaten Sicherheitsfirmen greifen, die Polizei spielen dürfen.⁴ Diese Tendenzen dürfen nicht ohne

Antwort bleiben!

Bleibt aktiv, ob durch Plakatieren, Spraysen, Feuer oder Bitumen! Lasst uns in dieser Zeit staatlich verordneter Isolation nicht handlungsunfähig zurückbleiben, sondern weiter in die Offensive treten! Macht kaputt, was euch kaputt macht!

Links

1: <https://abcsuedwest.noblogs.org/de/-post/2020/03/31/die-ignorierte-risikogruppe-der-umgang-mit-covid-19-in-deutschen-gefaengnissen/#more-973>

2: <https://chronik.blackblogs.org/?p=10284>

3: <https://chronik.blackblogs.org/?p=9671>

4: <https://www.cilip.de/institut/corona-tagebuch/>

Mehr zu Knast: Letzter Bericht von Thomas über Corona und das Kontaktverbot – aus Gefangenschaft auf <https://www.freedom-for-thomas.de/thomas/index2.shtml>

[von Indymedia]

Basel: Scheiben bei der UBS eingeschmissen

Scheiben bei der UBS-Filiale im Neubad, Basel, eingeschmissen,

Viel wird momentan über die derzeitige und zukünftige Krise des Kapitalismus und die Revolten, die dadurch schon ausgebrochen sind oder noch ausbrechen werden, gesprochen.

Die kapitalistische Seuche verbreitet seit viel zu Langem Schrecken und Verwüstung auf der ganzen Welt. Eine kleine Unterbrechung der Wirtschaft ändert daran nur sehr wenig. Ihr Gift ist bereits überall verteilt, sodass die momentane Situation Millionen von Menschen in noch größeres Elend als ohnehin schon stürzt. Schwächer und Ernährer zugleich, dies ist die widersprüchliche Fratze des Kapitalismus. Was könnte also näher liegen, als uns von dieser mörderischen Abhängigkeit zu befreien?

Doch machen wir uns keine Illusionen. Unterschätzen wir nicht die Stärke des Kapitalismus und sein innovatives Potential in

Zeiten der Krise. Dieses System wird nicht von alleine untergehen. Und wenn, dann wird es alles rundherum mit sich in den Abgrund reißen. Es liegt also immernoch an uns Menschen, diesen Virus auszulöschen.

Unsere Chancen stehen schlecht. Geben wir unser Bestes.

Ohne Illusionen. Ohne Resignation.

Wie andere schon gesagt haben: Unsere eigene Lust bleibt der Antrieb. Das Experiment mit der Freiheit die Perspektive. (<https://barrikade.info/article/3384>)

Letzte Nacht wurden die Scheiben der UBS-Filiale im Neubad eingeschmissen.

Wir sehen uns auf den Barrikaden...

[von Indymedia]



Mord in Celle

Am 7. April wurde in Celle der 15-jährige Jeside Arkan Hussein Khalaf erstochen. Die Bullen konnten kein politisches Motiv erkennen, obwohl der direkt nach der Tat verhaftete Mörder Daniel S. unter anderem auch rassistische Propaganda und rechtsradikale Verschwörungstheorien im Internet verbreitete. Arkan Hussein Khalaf floh mit seinen Eltern und Geschwistern nach den Massakern des „Islamischen Staats“ im Jahr 2014 aus der ! engal-Region in Südkurdistan nach Deutschland, nach ihrer Ankunft in Deutschland im Jahr 2015 zog die Familie nach Celle.

Autonome Antifa Freiburg
autonome-antifa.org

Nazis auf linker Kundgebung

Während einer Kundgebung der IJ zum bundesweiten Aktionstag „Nicht auf unserem Rücken – Keine Quarantäne für Freiheitsrechte“ am 25. April am Platz der alten Synagoge in Freiburg tauchte eine Gruppe von verummumten Nazis auf, die sich unter die Teilnehmenden mischten. Als einer auf sein eindeutig dem rechten Spektrum zuortbaren T-Shirt angesprochen wurde, reagierte er aggressiv. Seine Begleiter, alle Mitglieder von Freiburg City Cobras, kamen schnell herbeigeeilt und stellten sich schützend um ihn, wobei die Stimmung aufgeheizter wurde und er anfang zu schubsen. Als sich eine Menschenmenge bildete und antifaschistische Parolen gerufen wurden, traten sie den Rückzug an, hielten sich aber weiterhin in einer Seitenstraße in der Nähe auf, wo sie von der Polizei abgeschirmt wurden.

Zudem versammelten sich nach Ende der Kundgebung 100 – 150 Faschist*innen und Verrschwörungstheoretiker*innen, darunter unter anderem Robert Hagermann (ACHTUNG: NAZIPROPAGANDA!), auf dem Rathausplatz und riefen Parolen wie „Wir sind das Volk“ oder „Antifa gleich SA“. Lediglich um die 15 Demonstrant*innen stellten sich ihnen entgegen.

Leider dauerte das Identifizieren und die entsprechend folgende Reaktion von linker Seite sehr lange, auch ein direktes Einschreiten war wenn überhaupt nur in abgeschwächter Form

vorhanden. Dass Nazis sich zunehmend mehr trauen und immer aktiver werden, ist erschreckend, aber Teil einer klar erkennbaren Tendenz. Immer wieder tauchen Rechte bei Demos auf und mischen sich unter die Demonstrierenden. Daher ist es nun an uns unsere Aufmerksamkeit zu schärfen, Nazis schnell zu erkennen und entsprechende Reaktion möglichst konsequent durchzuziehen!

KEINE WOHLFÜHLZONE FÜR FASCHIST*INNEN!

[Antifaschistische Jugend Freiburg]



Rechtsradikales Stühlerücken

In der AfD knallt es infolge des Spaltungsversuchs von Jörg Meuthen weiterhin gewaltig. Dubravko Mandić beschwört öffentlich Meuthens Ende: „Meuthen hat gerade seinen politischen Tod besiegelt.“ Auch die „Junge Alternative Baden-Württemberg“ unter dem neuen Landesvorsitzenden Jochen Lobstedt fordert Meuthens Kopf: „Wir sagen: Herr Meuthen, treten Sie zurück, um weiteren Schaden von der Partei abzuwenden.“ Am 29. Februar hatte die JA bei ihrem Landeskongress einen neuen Landesvorstand gewählt. Der neue Vorsitzende Jochen Lobstedt war im Sommer 2019 bereits zum stellvertretenden Vorsitzenden des JA-Bezirksverbands Südbaden gewählt worden, sein Vater Frank Lobstedt aus Villingen-Schwenningen ist ebenfalls in der AfD aktiv. Als stellvertretende Vorsitzende der JA Baden-Württemberg wurden Severin Köhler aus Ditzingen und Armin Allmendinger aus Ellwangen gewählt. Schatzmeister wurde Philipp Hilgers aus Mannheim und Schriftführerin wurde Stefanie Zimmermann aus Essingen. Beisitzer wurden Simon Schultes aus Tübingen, Christopher Kopp aus Korntal und Steffen Degler aus Backnang.

Der seit dem AfD-Parteitag in Böblingen neu ausgerichtete AfD-Landesvorstand um Alice Weidel versucht sich zwar an einer parteiinternen Kommunikationsoffensive, berichtet aber aus der letzten Telefonkonferenz-Landesvorstandssitzung weder vom Ausschluss Gedeons noch vom Ausschluss Räßles. Stattdessen lobt sich der Landesvorstand vor allem für ein neues Social-Media-Konzept: „Markus Frohnmaier legte zusammen mit unserer Social-Media-Beauftragten Andrea Zürcher ein neu erarbeitetes Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit vor und wird dieses für den Landesvorstand umsetzen“. Damit sollen „sowohl Mitglieder als auch die Öffentlichkeit noch besser über die Arbeit unseres Landesverbandes informiert werden können. Angedacht sind neben den bereits vorhandenen Kanälen wie Facebook und Telegram auch Twitter und Instagram, um alle verfügbaren Möglichkeiten für unsere Parteiarbeit effizient zu nutzen.“

Die neue Social-Media-Beauftragung Andrea Zürcher hat bereits einschlägige Erfahrung. Sie

organisierte bereits Anfang 2016 eine rassistische Bürgerwehr und mehrere Aufmärsche unter dem Motto „Merkel muss weg“ in Radolfzell und Singen am Bodensee. Im Anschluss stand sie im Austausch mit AktivistInnen der Nazipartei „Dritter Weg“, die für ihre AfD-Veranstaltungen anboten: „können ja drum herum schauen wegen antifa“. Zürcher hielt dies für einen guten Vorschlag: „Ja sehr gerne...Wir wollen eben spontan etwas organisieren das ist momentan angebrachter“. Andrea Zürcher wurde anschließend zunächst stellvertretende Kreisvorsitzende der AfD Sigmaringen, arbeitete in den Jahren 2017 und 2018 laut eigenen Angaben als „Landesbeauftragte Medien AfD BW“ und wurde 2018 AfD-Mitarbeiterin im baden-württembergischen Landtag und Mitglied des AfD-Kreisvorstands Konstanz.

Auf Facebook ist Zürcher unter anderem mit dem Nazischläger Tim-Sebastian Löffelbein-Reusch befreundet. Löffelbein musste vor wenigen Tagen seine Haftstrafe in der JVA Freiburg antreten, wo seit Herbst 2019 auch sein Nazikamerad Ralph Kästner einsitzt. Erst Mitte März haben Kästners „Kameraden“ mehrere Plakate in Freiburg und Südbaden aufgehängt, auf denen „Freiheit“ für Ursula Haverbeck, Horst Mahler, Ralph Kästner und Sylvia Stolz gefordert wurde.

Autonome Antifa Freiburg
autonome-antifa.org

EKEL
HAFD

Kurz entsetzt und schon vergessen

Zwischen neuer Corona-Fallzahlen, immer willkürlicher werdenden Polizeikontrollen und sinnvoller Selbstisolation sollten wir innehalten und gedenken: Vor genau sechs Monaten verübte ein überzeugter Faschist einen fürchterlichen antisemitischen Terroranschlag auf eine Synagoge in Halle und tötete dabei zwei Menschen.

Der Nazi Stephan Balliet versuchte mit selbstgebauten Schusswaffen und Sprengsätzen in die Synagoge einzudringen, nachdem er zuvor im Internet seine faschistische Ideologie als Tatmotiv darlegte und eine Live-Übertragung seines Anschlags startete. Als es ihm nicht gelang, die Tür der Synagoge zu öffnen, erschoss er eine Passantin, die ihn ansprach und einen Kunden eines Dönerladens, nachdem er weitere Sprengsätze auf den Imbiss geworfen hatte. Auf der Flucht verletzte er noch zwei weitere Personen, bevor er festgenommen wurde.

Während weiterhin die Covid-19-Pandemie die Berichterstattung dominiert, denkt wohl kaum ein Mensch heute an diesen brutalen Terroranschlag. Verwunderlich ist dies jedoch kaum, wenn man bedenkt, wie schnell auch schon die viel weniger weit zurückliegenden rassistischen Morde von Hanau aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwanden.

Trotz der derzeitigen Corona-Ausnahme-Situation scheint dies dem typischen Umgang mit rechtem Terror in Deutschland zu entsprechen: ein kurzes, halb ehrliches, halb geheucheltes Entsetzen und dann ist rechte Gewalt ebenso schnell wieder vergessen, verdrängt und allzu häufig auch aktiv verschleiert, siehe NSU-Komplex (und auch im Lübcke-Mordfall wurden schon Akten geschreddert). Verharmlosung, Unterschätzung und der völlig abwegige Versuch einer Relativierung rechten Terrors durch Verweis auf „linksextreme Straftaten“ sind ebenso charakteristisch.

Zentral ist es, das gesellschaftliche Klima zu betrachten, in dem all dies stattfindet. Der Täter von Halle hat sich im Internet in einer verschwörungstheoretischen Blase isoliert und so zu einer abstrusen antisemitischen

Weltanschauung gefunden. Doch Vorurteile und Feindseligkeit gegenüber jüdischen Mitmenschen sind kein Einzelfall, sondern ganz im Gegenteil hierzulande weit verbreitet: Laut einer aktuellen Umfrage stimmt jeder vierte Deutsche antisemitischen Aussagen zu (SZ, 23.10.2019). Das manifestiert sich auch in den steigenden Zahlen antisemitischer Straftaten, 2019 waren es 2032 Delikte. Auch in Freiburg gab es im letzten Jahr judenfeindliche Übergriffe, in einem Fitnessstudio gegen einen Kippa-tragenden Menschen (dem Geschehen wohnten mehrere Leute untätig bei) und vor der Synagoge gegen die Vorsitzende der Israelitischen Gemeinde (während mehrere Passanten ohne einzugreifen vorbei liefen). Ganz aktuell verbreiten sich die krudesten antisemitischen Verschwörungstheorien bezüglich der Corona-Pandemie.

Der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck und die Verschiebung der Diskurse schaffen eine Atmosphäre, in der sich gewaltbreite Nazis weit bis ins bürgerliche Milieu hinein bestätigt und ermutigt fühlen: Im vergangenen Jahr gab es laut Bundesinnenministerium fast 1000 rechte Gewalttaten (versuchte und vollzogene). Das sind 2,7 Gewalttaten pro Tag, die von Nazis verübt werden. Insgesamt gab es 22.337 Delikte mit rechtem Hintergrund, die Dunkelziffer liegt vermutlich höher. Allgemein gibt es eine lange Tradition rechter Gewalt in Deutschland: Innerhalb der letzten 30 Jahre haben Faschisten in Deutschland 208 Menschen umgebracht (Amadeu Antonio Stiftung, Zählung 1990-Februar 2020), also jeweils 7 von Nazis getötete Menschen pro Jahr und das die letzten 30 Jahre lang.



Fest steht demnach ohne Zweifel: rechte Gewalt ist alltäglich und allgegenwärtig, sie gehört zum Normalzustand in diesem Land. Es verwundert also kaum, dass nach den erschreckend häufigen Meldungen zu rechten Netzwerken in Sicherheitsbehörden, zu Gewaltverbrechen und anderen Naziaktivitäten mit kurzem Entsetzen und/oder fast schon ritualisierter Trauerbekundung möglichst schnell zurück zur Normalität geschritten wird. Rassistische und nationalistische Diskurse werden weiterhin geführt, Antifaschismus kriminalisiert und die neofaschistische AfD und ihre Propaganda normalisiert.

2019 war ein Jahr der exzessiven faschistischen Gewalt, es reiht sich ein in eine kontinuierliche Geschichte rechten Terrors in Deutschland und so geht es schrecklicherwise auch in diesem Jahr weiter: Vor zwei Monaten ermordete ein Nazi in Hanau 9 Menschen, weil sie nicht in sein verkorkstes Weltbild passten: Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtovic, Said Nessar El Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu und Vili Viorel Paun.

Naziattentäter von Kassel angeklagt

Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen den Nazi Stephan Ernst erhoben, der am 1. Juni 2019 den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ermordet hat. Ernst wird auch wegen eines Mordversuchs an einem Geflüchteten am 6. Januar 2016 angeklagt. Bei einer Hausdurchsuchung wurde ein Messer mit einer DNA-Spur des Opfers gefunden. Ernst dürfte auch der Attentäter bei einem weiteren Mordversuch vom Februar 2003 sein. Damals wurde auf einen linken Lehrer in Kassel geschossen und bei Ernst wurde eine auf 2002 datierte Datei gefunden, die auch den Name, die Adresse und ein Foto jenes Lehrers enthielt. Doch die Kasseler Staatsanwaltschaft hatten den Mordversuch nur als versuchte schwere Körperverletzung gewertet und die Akten sowie das Projektil vernichtet.

Autonome Antifa Freiburg
autonome-antifa.org

Die jetzige Situation in Zeiten der Pandemie darf keine Ausrede sein, dieses (und auch alle weiteren) faschistisch motivierten Verbrechen zu vergessen! Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen rechter Gewalt und deren Angehörigen. Stellen wir uns also geschlossen an ihre Seite und halten zusammen!

Wichtig ist zu begreifen: Es reicht eben nicht, sich in einem kurzen Aufschrei zu empören und dann wieder in den Normalbetrieb zurückzukehren. Lasst uns stattdessen Konsequenzen ziehen und Widerstand leisten:

Wir müssen neofaschistische Diskurse und Akteure als solche benennen und ihnen entschlossen in allen Situationen und auf allen Ebenen entgegentreten! Gemeinsam und solidarisch den Kampf gegen Faschismus in die Offensive bringen!

ANTIFASCHISMUS IST SELBSTVERTEIDIGUNG!

Antifaschistische Jugend Freiburg
antifaschistischejugendfreiburg.blackblogs.org

Naziattentäter von Halle angeklagt

Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen den Nazi Stephan Balliet erhoben, der am 9. Oktober 2019 einen Terroranschlag in Halle verübt hat. Am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur versuchte Balliet in die Synagoge einzudringen, um die dort anwesenden Jüdinnen und Juden zu ermorden. Der Massenmord scheiterte zwar an Balliets stümperhafter Umsetzung, doch am Ende hat er doch noch zwei Menschen ermordet. Der Prozess wird in einem Hochsicherheitssaal in Magdeburg verhandelt werden, das Datum steht noch nicht fest.

Autonome Antifa Freiburg
autonome-antifa.org

Leipzig: No EU-China-Summit 2020!



Im Oktober 2019 wurde durch eine Medieninformation bekannt: Der EU-China-Gipfel soll im Jahr 2020 in Leipzig stattfinden. Nach und nach sickerten weitere Informationen durch: Vom 13. bis 15. September treffen sich die Staats- und Regierungschef*innen der EU mit dem chinesischen Präsidenten in der Kongresshalle am Zoo. Der bisher regelmäßig stattfindende Gipfel soll zum ersten Mal eine größere Dimension haben.

Laut Aussagen des Oberbürgermeisters werden zudem 3.000 Medienvertreter*innen in der Stadt erwartet. Hintergrund für den Tagungsort in einer deutschen Stadt ist die im Sommer beginnende Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik.

Bekannt ist neben dem Tagungsort, dass sich die Staats- und Regierungschef*innen in zentraler Innenstadtlage am Augustusplatz treffen und zu Mittag essen wollen. Für den 13. September ist auf dem Augustusplatz ein europapolitisches „Bürgerfest“ geplant, eine fragwürdige „zivilgesellschaftliche“ Umrahmung des Spektakels.

Weder der Stadtrat von Leipzig, noch die Bewohner*innen der Stadt wurden in die Auswahl des Gipfel-Tagungsortes eingebunden. Die Entscheidung fällten die Bundeskanzlerin und das Auswärtige Amt, die Stadt Leipzig hatte sich dort angedient.

Die konkrete inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Gipfels liegt auf EU- bzw. Bundesebene. Auf der Tagesordnung dürften vor allem wirtschafts- und handelspolitische Fragen stehen. Schließlich sich sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Umgang mit der aufstrebenden Wirtschaftsmacht China keineswegs einig.

Die Erarbeitung des Sicherheitskonzeptes liegt in der Verantwortung des Bundes und Landes. Konkrete Informationen bleibt die Landesregierung bisher schuldig. Bekannt wurde, dass es für die sächsische Polizei in diesem Zeitraum eine Urlaubssperre gibt. Auch ist fest davon auszugehen, dass es um den Tagungsort und die Innenstadt Sicherheits- und Sperrzonen geben wird. (Antwort auf Kleine Anfrage MdL Juliane

Nagel Drs 7/1783 vom 25.03.20) In diesem Zusammenhang werden höchstwahrscheinlich Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit gelten. Der Stadt Leipzig obliegt es als Versammlungsbehörde, auf etwaige Demonstrationsanmeldungen zu reagieren.

Inzwischen ist eine politische Debatte um die Austragung des Gipfels in Leipzig entbrannt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat pocht auf die Information und Einbeziehung des Stadtrates in die Vorbereitungen, die Linksfraktion fordert in Stadt und Land die Verlegung des Gipfels aus der Innenstadt. Die Entscheidungen über diese politischen Initiativen sind noch nicht gefallen.

Aufgrund der Corona-Krise stellt sich zudem die Frage, ob der Gipfel überhaupt stattfinden wird. Sowohl die sächsische Landesregierung als auch die Bundesregierung antworten auf entsprechende parlamentarische Anfragen, dass von einem Stattfinden auszugehen sei (Stellungnahme zum Antrag der Linksfraktion Drs 7/ 1982 vom 02.04.20 und Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine Anfrage von MdB Caren Lay vom 01.04.20 download als pdf).

Grenzsicherungen, Reiseeinschränkungen sowie das Verbot von Großveranstaltungen säen

allerdings Zweifel, ob diese Aussagen mehr als Durchhalteparolen sind.

Verschiedene Initiativen, Organisationen und Personen haben sich Anfang des Jahres 2020 in der Plattform „No EU-China-Summit 2020“ zusammengetan, um sich zu vernetzen, zu informieren und sowohl inhaltliche Veranstaltungen als auch Protestaktionen vorzubereiten. In der Kritik stehen die Durchführung des Gipfels an sich, die zu erwartende inhaltliche Agenda, die Form des Gipfels von Eliten unter Ausschluss der demokratischen Öffentlichkeit und die mit solchen Gipfeln vor allem in Großstädten verbundenen Grundrechtseinschränkungen.

Die verschiedenen Ansätze der Kritik können im Aufruf nachgelesen werden. Im Rahmen der Plattform wird eine gemeinsame Demonstration vorbereitet. Beteiligte Gruppen planen außerdem einen Gegengipfel und eine Konferenz.

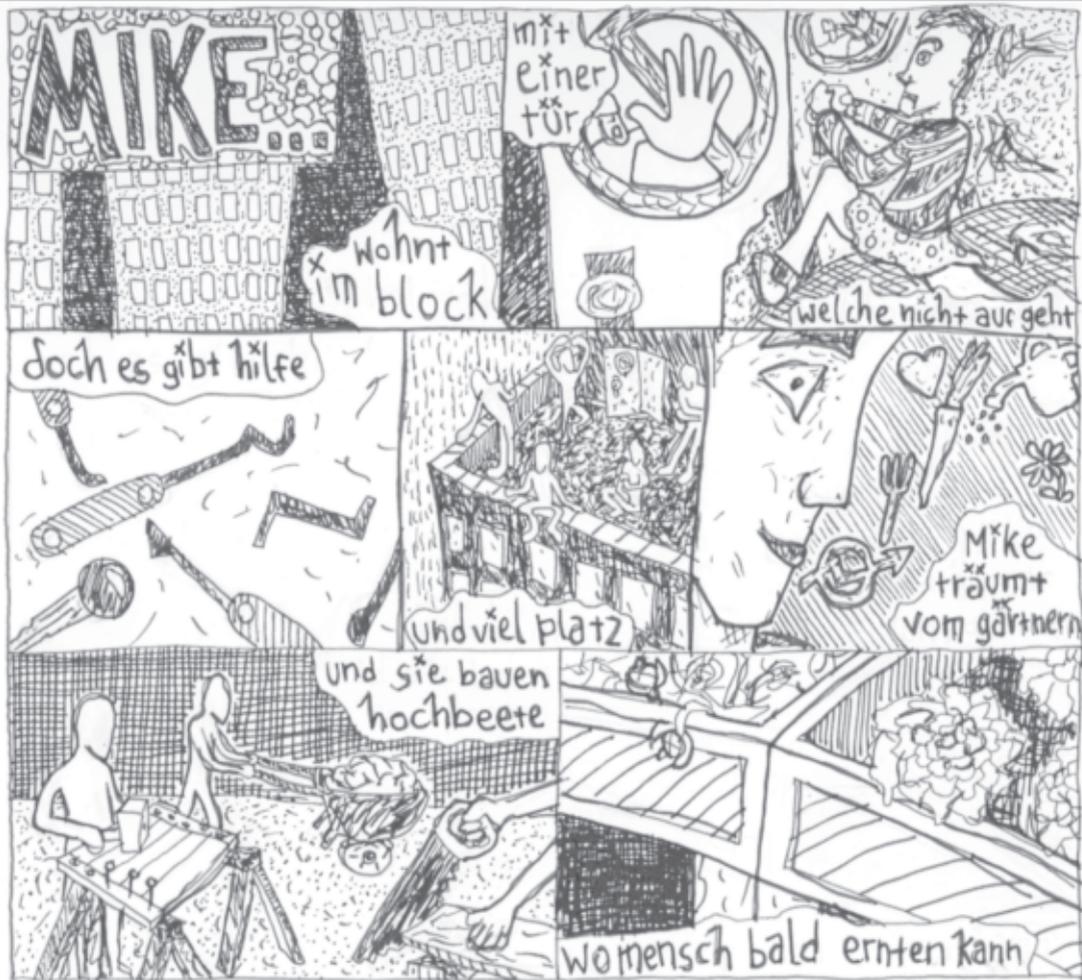
Ihr seid herzlich eingeladen eure Ideen mit in die Plattform einzubringen.

NO EU-CHINA-SUMMIT 2020!

noeucn.org



NO EU CHINA SUMMIT



Linsensuppe für 4 Personen

1 Zwiebel
 2 Knoblauchzehen
 1/2 TL Paprika
 1 EL Curry
 1/4 TL Kreuzkümmel
 1/2 TL Pfeffer
 4 EL Tomatenmark
 3 EL Rosinen
 1 Liter Gemüsebrühe
 150g rote Linsensuppe

- [1] Die Zwiebel andünsten.
- [2] Anschließend die restlichen Zutaten hinzufügen.
- [3] Alles gar kochen und am Ende mit Petersilie servieren.